

"Förderkreis zur Erhaltung Eisenachs" e.V.

Datum: 15. Dezember 2018

Leserbrief an TA + TLZ

Geplante Fusion Eisenach/Wartburgkreis

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und BfE sowie die parteilose Abgeordnete der FDP, Gisela Rexrodt, die Abgeordneten der CDU, Dr. René Kliebisch (Vorsitzender des Stadtrates) und Andreas Neumann trugen in der Stadtratssitzung vom 11.12.2018 fachlich fundiert und sachlich die Argumente für eine Ablehnung des vorliegenden Fusionsvertrages zwischen der Stadt Eisenach und dem Wartburgkreis in ihren ausführlichen Statements vor. Sie betonten dabei, dass sie nicht gegen eine Fusion sind, sondern dass der zwischen OB Wolf und Landrat Krebs ausgehandelte Vertrag für Eisenach – unumstritten wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Region – nicht zukunftsfähig ist. Die von der Landesregierung am Ende zugesagten Finanzspritzen würden zwar die finanzielle Situation von Eisenach bis 2023, also kurzfristig, verbessern, jedoch langfristig keine konkreten, verlässlichen Vertragsbedingungen bieten.

Ein wesentliches Argument stützt sich auf die Ergebnisse der von OB Wolf in Auftrag gegebenen Gutachten (Zukunftsvertrag und Gesetzentwurf des Landes betreffend), die dem Vertrag große Mängel attestieren und keine positiven Aussagen für die Zukunft unserer Stadt beinhalten. Wichtig ist dabei hervorzuheben, dass vor allem die Berechnungen des Stadtkämmerers mit den Aussagen des mit den Finanzen beschäftigten Gutachtens übereinstimmen. Wichtig ist auch zu ergänzen, dass den Berechnungen des Kämmerers seitens der OB zunächst kein Glauben geschenkt wurde und die Ergebnisse der Gutachten den Bürgern weitaus unbekannt blieben, abgesehen davon, dass diese Gutachten erst nach Fertigstellung des Fusionsvertrages in Auftrag gegeben wurden. Der Vertrag lag übrigens erst im August diesen Jahres dem Stadtrat vor. Die daraufhin vom Stadtrat veranlassten Nachverhandlungen der OB mit dem Landrat erbrachten schließlich keinerlei Vertragsveränderungen zugunsten von Eisenach.

Von Bürgerbeteiligung im Sinne eines frühzeitigen, aufklärenden und transparenten Prozesses kann keine Rede sein. Erst im Herbst fand eine Bürgerversammlung statt, der Vertrag konnte eingesehen und Stellungnahmen abgegeben werden. Die Folge war, dass eine große Bürgerbeteiligung ausblieb und keine Zeit für einen sich daraus ergebenden Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft vorhanden war.

Nach Aussagen von R. Walk (CDU) lehnten nach Anhörung im Innenausschuss des Landtages von ca. 17 anwesenden Gemeinden 14 den Vertragsinhalt ab, einige drohten im Falle der Annahme des Vertrages mit Klagen.

Beachtenswert ist die Meinungsäußerung des Stadtrates Fritz Hofmann (Eisenacher Aufbruch). Er enthielt sich bei der namentlichen Abstimmung der Stimme, weil er dem Vertragsinhalt nicht zustimmen könne, das Scheitern der Fusion aber bedauere, da der status quo nicht akzeptabel sei.

Inzwischen ist bekannt, dass vor der Abstimmung im Eisenacher Stadtrat die Ortsteil-Bürgermeister von OB Wolf unter Druck gesetzt wurden, dem Vertrag zuzustimmen.

Die Totschlagargumente der Vertragsabschlussbefürworter, dass nun Eisenach der finanzielle Ruin und damit der dauerhafte wirtschaftliche und kulturelle Niedergang bevorstehe, sind wohl eher als Vorboten des Wahlkampfes für die Wahlen 2019 in Stadt und Land zu deuten. Man konnte in besagter Stadtratssitzung keinesfalls den Eindruck gewinnen, dass die Eisenacher Stadträte, die dem Vertrag nicht zustimmten, dies leichtfertig taten und aus politischem Kalkül zum Schaden der Stadt, wie ihnen unterstellt wird.

Die Entscheidung des Stadtrates, diesen Vertrag abzulehnen, sollte respektiert werden – so funktioniert Demokratie – übrigens eine Aussage von OB Wolf am Ende der Stadtratssitzung. Sie fügte noch hinzu, dass es ein Nachtreten nicht geben dürfe!

Nachgetreten wird inzwischen allerdings kräftig, insbesondere von Politikern der Linken, wie z.B. von Uwe Semmler, der dabei vor Diffamierungen nicht zurückschreckt.

Von dem bekannten Journalisten Stefan Aust, Herausgeber der „Welt“, ehemals Chefredakteur des „Spiegel“, stammt der Ausspruch:

„Die Aufgabe des Journalisten besteht darin, die Realität zu beschreiben, Vorgänge zu analysieren und Zusammenhänge herzustellen!“

Vielleicht ein guter Rat an die hiesigen Journalisten bezüglich der Darstellung der Vorgänge in Eisenach, denn durch Weglassen, in diesem Fall der Argumente der Gegner des Fusionsvertrages – wohlgemeint, nicht der Fusion – wird ein falsches Bild in der Öffentlichkeit gezeichnet. Auch der Thüringer Ministerpräsident sollte so fair sein, die genannten Vorgänge in Eisenach umfassend kritisch zu hinterfragen.

In absehbarer Zeit muss neu verhandelt werden, allerdings mit dem notwendigen Sachverstand zum Vorteil aller Beteiligten.

Vorstand des FzEE
Ingrid Pfeiffer
Dr. Beate Böhmel
Gabriele P. Motzheim

Verteiler:

CDU - Dr. Kliebisch
R. Walk
A. Neumann
T. Hermann

SPD - M. Klostermann
J. Kraft

BfE - H. Lieske

FDP - G. Rexrodt

Linke – K. May

Grüne – J. West

Eisenacher Aufbruch - F. Hofmann